

been a (limited) number of progressive intellectuals among them. Openness to modernity, however, went hand in hand with the concern to preserve a Muslim identity. At the eve of and during World War II, Bosnian Islam, facing fascism and communism, tended to radicalize, and some of these radical ideas were recycled in a more moderate form by some Bosnian Muslim thinkers in the 1970s and 1980s (among whom Alija Izetbegović). Telbizova-Sack thinks that nowadays, in spite of the support Saudi-Arabia and other Muslim countries offer them, most Bosniaks still favour the Western model of a secularized and pluralistic society.

Prowestliche und antiwestliche Diskurse in den Balkanländern/Südosteuropa is a particularly interesting collection of articles on a topic which has also attracted the attention of decision makers within the EU. They assume that the perception of Europe and European values by the citizens of candidate member-states may have an impact on the accession process. From a more academic point of view, the articles collected in the volume offer an excellent starting point for further research on the interaction between Balkan anti-Occidentalism and Balkan Orientalism. The Balkans has been the object of Orientalist studies, but it has also developed its own particular Orientalist discourse, which is rarely investigated as such. Living in an “intermediate”, “transitional” zone, Balkan peoples seem to have no “pure” anti-Western or anti-Eastern attitudes; they both appear in some hybrid form. People in the Balkans apparently feel the need to dissociate themselves not only from the (Ottoman) Orient, but also from the West, while at the same time being attracted to the West as a model and to the East as a familiar and reassuring social environment. Neither attitude can be adequately investigated without taking into account the other. Vojnikov’s *Krivorazbranata civilizacija* cannot be understood exclusively as a rejection of the West. Vojnikov was a committed pro-Westerner. Significantly, not only the Westernized Margaridi is ridiculed, but also Marijka’s father Kosta, the embodiment of the patriarchal values, who uses (already at the time of Vojnikov) obsolete Turkish words and behaves “like a Turk”. Westernization in the framework of *Tanzimat* was disliked not only by “classic” anti-Occidentalists, to be found mainly among the Orthodox clergy, but also by fierce opponents of “Ottoman backwardness” – nationalists and radical socialists – who adhered to “modern” anti-Occidentalist ideas. Paradoxically, the most committed proponents of Westernization among the Balkan Christian population were the (many) so-called Turcophiles, who supported the Ottoman reform project. Thus, seen in the light of Balkan attitudes towards “the East”, Balkan pro- and anti-Western discourses seem to be an even more complex issue than this rich and stimulating volume suggests.

Ghent

RAYMOND DETREZ

SABINA FERHADBEGOVIĆ: *Prekäre Integration. Serbisches Staatsmodell und regionale Selbstverwaltung in Sarajevo und Zagreb 1918–1929* (= Südosteuropäische Arbeiten, Bd. 134). R. Oldenbourg Verlag: München 2008. 352 S. ISBN 978-3-486-58479-0.

Die vordringlichsten Aufgaben des nach dem 1. Weltkrieg entstandenen „Staates der Serben, Kroaten und Slowenen“ (SHS) waren der Aufbau einer landesweit funktio-

nierenden Verwaltung und die Integration sowohl der staatstragenden als auch der vielen anderen Nationalitäten des Landes. Angesichts verschiedener historischer Einflüsse, unterschiedlicher politischer und kultureller Traditionen sowie stark voneinander abweichender sozioökonomischer Niveaus in den Teilgebieten hatten die politischen Protagonisten zunächst die Frage nach den geeigneten Instrumenten zu entscheiden, um in den wichtigsten Bereichen möglichst rasch eine Konvergenz der Landesteile einzuleiten. Herrschte bezüglich dieses Ansinnens noch weitestgehend Konsens, so war die Frage nach einem zukünftigen zentralistischen oder föderalistischen Zuschnitt des neuen Staates unter den Verfassungsvätern heiß umstritten. Und eben davon hing auch ab, ob man einer lokalen Selbstverwaltung genug Kompetenzen zugestand, um vor Ort ein Korrektiv zu einem potentiellen Belgrader Zentralismus zu bilden. Mit dem Erlass der Vidovdan-Verfassung 1921 waren allerdings die wichtigsten Weichen gestellt worden. Nun kam es darauf an, ob und bei welchem westeuropäischen Modell man Anleihen nahm, welche integrativen Funktionen einer lokalen Selbstverwaltung im unitaristischen Staat zukommen sollten, und ob die Einführung örtlicher Selbstverwaltungsorgane wirklich überall Nutzen versprach?

Mitten in diesem „prekären“ Spannungsfeld bewegt sich Sabina FERHADBEGOVIĆs Dissertationsschrift. In ihr werden exemplarisch die Umsetzung und die Leistungen lokaler Selbstverwaltungstätigkeit in zwei unterschiedlich geprägten, ehemals habsburgisch regierten Städten bzw. „Distrikten“ untersucht. Das kroatische Zagreb und das multinational-bosnische Sarajevo seien für eine staatspolitische Konsolidierung der gesamten südslawischen Monarchie von besonderer Bedeutung gewesen. Die Autorin setzt aus diesem Grund mit ihrer Studie bei der problematischen Implementierung serbisch tradiertter ordnungspolitischer Vorstellungen an, und wertet die Reaktion der örtlichen kroatischen bzw. bosnischen Eliten aus. Das stärkste Erkenntnisinteresse liegt darüber hinaus darin, zu beurteilen, welches Maß an politischer Stabilität die lokale Selbstverwaltung in den betreffenden Landstrichen erzielen konnte, ehe sie zu Beginn des Jahres 1929 durch die Diktatur König ALEKSANDARS wieder suspendiert wurde.

Der erste Teil der Arbeit greift zunächst die unterschiedlichen politischen Konzepte lokaler Selbstverwaltung und ihre Umsetzung im SHS-Einheitsstaat auf. Mit der 1918 erfolgten Vereinigung heterogener, „südslawischer“ Territorien aus der Konkursmasse Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reiches mit Serbien und Montenegro trafen die unterschiedlichsten Rechtstraditionen aufeinander. Deren Herkunft und die Auswirkungen auf die dörfliche Selbstverwaltung werden von der Verfasserin umfangreich ausgeführt. Nach der Staatsgründung hätten sich in den Verfassungsdiskussionen im Wesentlichen ein zentralistisches Staatsmodell, vertreten von der Demokratischen und der Radikalen Partei, und ein föderales, befürwortet von der Kroatischen Bauernpartei (HSS), gegenübergestellt. Diese Konfrontation zog hitzige politische Debatten nach sich, in denen die Anhänger des föderalen Systems von der Gegenseite mitunter als „österreichisch-ungarische Lakaien“ diffamiert wurden. Das darin zum Ausdruck kommende „zentralistische“ bzw. „serbische Staatsmodell“ habe die Interessen der anderen jugoslawischen Nationen und Nationalitäten weitgehend ausgeblendet. Auch König Aleksandar habe sich (nicht ganz uneigennützig) dieser Haltung angeschlossen.

Schärfster und publizistisch wirksamster Kritiker dieser Pläne war Stjepan RADIĆ, der Gründer und Vorsitzende der HSS. Sein Verfassungsentwurf habe die Entstehung einer kroatischen Bauernrepublik innerhalb einer südslawischen Konföderation zum Ziel gehabt. Gerade an seiner Person kann man beispielhaft ersehen, dass für die politische Willensbildung in weiten Teilen des damaligen Europa weniger die Parteien selbst, sondern (charismatische) Persönlichkeiten an deren Spitze entscheidend waren. In der Vidovdan-Verfassung spiegelten sich dann vor allem die Vorstellungen der Radikalen und Demokraten wider, vor allem hinsichtlich der bürokratisch angelegten Staatsadministration und der lokalen Selbstverwaltung. Das nachfolgende Selbstverwaltungsgesetz von 1922 befand sich im Einklang mit der Verfassung. Es teilte den SHS-Staat in 33 Distrikte auf und verdeutlichte dabei das instrumentelle Verhältnis seiner Verfasser zur staatlichen Verwaltungsgesetzgebung, denn es habe die serbische Bevölkerungsgruppe bzw. die Zentralregierung eindeutig bevorzugt. Das Gesetz regelte gleichfalls die Finanzierung und die Kompetenzen der lokalen Behörden, die in Anbetracht der Dominanz der (zentral)staatlichen Exekutive kaum als Selbstverwaltungskörperschaften hätten agieren können. Dennoch seien die Bestimmungen des Gesetzes formal ein Fortschritt und vielversprechender Anfang gewesen. Aber vor allem im kroatischen Landesteil regte sich dagegen politischer Widerstand. Erst ab 1925 habe sich die HSS aus pragmatischer Einsicht zu einer Kooperation bereitgefunden.

Der zweite Teil analysiert das praktische Wirken der „lokalna samouprava“ für Zagreb und Sarajevo. Nach den Wahlen von 1927 fanden in den Distrikten verschiedene Regierungsbündnisse zueinander. Nach der Konstituierung der Exekutivgremien und Ausschüsse seien Armutsbekämpfung und die Verbesserung der Elementarbildung unter der Bevölkerung die drängendsten Aufgaben gewesen. Im Haushalt mussten aber auch Ausgaben für Landwirtschaft, Gesundheitsfürsorge sowie für den Bau bzw. Unterhalt von Verkehrswegen berücksichtigt werden. In beiden Distrikten habe die lokale Selbstverwaltung trotz aller legislativen Mängel erste, durchaus beeindruckende Erfolge vorzuweisen gehabt und zur Konsolidierung des Staates beigetragen. Zeit ihres Wirkens habe sie allerdings das soziale und wirtschaftliche Gefälle zwischen allen jugoslawischen Teilregionen kaum an- oder ausgleichen können. Damit trug die lokale Selbstverwaltung (noch) nicht zur Entstehung und Stärkung eines gemeinsamen Staatsbewusstseins bei. Sie war zwar letztlich nicht in der Lage, die nationalen Konflikte zu lösen. Immerhin habe sie aber auf unterster Ebene einen gegenseitigen Interessenausgleich herbeiführen können. Die Königsdiktatur unterbrach somit mancherlei vielversprechende Möglichkeit zur lokalen Legitimation des Staates, ohne dass die Entwicklungen vor Ort maßgeblich dafür verantwortlich gemacht werden können. Das patriarchalische Regime blieb auch in der Folge labil und konnte die strukturellen Defizite Jugoslawiens vor dem 2. Weltkrieg nicht mehr effektiv nivellieren.

Ferhadbegovićs Monografie greift ein absolutes Forschungsdesiderat auf. Im sozialistischen Jugoslawien wurde das Thema zwar organisationsgeschichtlich abgehandelt, andererseits aber überaus normativ verortet. Durch umfangreiche Quellenforschung kommt die Autorin in ihrer Lokalstudie jedenfalls zu einem profunden, ausgewogenen Urteil. Auch wenn die Faktizität der Arbeit dem Leser manchmal etwas trocken daherkommt, erhellt sie die Bedeutung lokaler Selbstverwaltung im

modernen Staat auf beeindruckende Weise. Sie sei deshalb insbesondere all denen ans Herz gelegt, die wissen wollen, warum das erste jugoslawische „Experiment“ scheiterte.

Jena

RAYK EINAX

KLÁRA ELTERNÉ CZÖNDÖR: *A szefárd zsidók nyelve a történelem tükrében* [Die Sprache der sephardischen Juden im Spiegel der Geschichte]. Piliscsaba: Pázmány Péter Katolikus Egyetem. Bölcsészettudományi Kar, 2007, 305 S. ISBN 978-963-9206-46-5.

Monographien zur Sprache der Sepharden, dem sog. Judenspanischen (auf Englisch zumeist als Ladino bezeichnet), sind extrem selten, während Darstellungen zu den historischen und ethnographischen Aspekten häufiger anzutreffen sind, vor allem natürlich in spanischer Sprache. ELTERNÉ CZÖNDÖR¹ legt nun in ungarischer Sprache eine tief schürfende Arbeit vor, die zahlreiche Aspekte behandelt (allerdings ohne Schöne Literatur und Folklore), ohne die im engeren Sinne system-linguistischen Merkmale des Idioms auszuklammern. Das von der philosophischen Fakultät der Katholischen Péter Pázmány-Universität in schöner Aufmachung (z.T. mit farbigen Abbildungen) herausgegebene Buch umfasst neben den Präliminarien (Geleitwort von Anna GYÖRI, Einleitung der Verfasserin, Danksagung an die Informanten u.ä.) vier ungefähr gleich lange Teile, ferner eine umfangreiche Zusammenfassung in spanischer Sprache (S. 265–284), ein Abkürzungsverzeichnis, ein Schriftenverzeichnis (S. 286–297, zunächst Druckschriften, dann 49 Internet-Adressen, die als Quelle ausgewertet wurden). Schließlich wird der an die jüdischen Informanten versandte Fragebogen in ungarischer Version abgedruckt (S. 298–305, insgesamt 55 z.T. umfangreiche Fragen). Das Inhaltsverzeichnis (S. 5–8) ist sehr detailliert, aber leider ohne Nummerierung der sog. Unterkapitel, so dass man in der Zusammenfassung schwer darauf rückverweisen kann. Ein Sach- oder Namenregister fehlt.

Auf S. 42 bietet die Verfasserin eine zeitliche Gliederung der Geschichte der Sepharden, und zwar in vier Abschnitte: 1. bis zum Ausweisungsedikt der Katholischen Könige² im Jahre 1492, 2. 1492–1912, 3. die sog. zweite Diaspora nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches, als zahlreiche Sepharden aus den traditionellen Wohnsitzen im europäischen Südosten wegzogen, 4. die neueste Entwicklung (Sprachgemeinschaft im Internet), die auf innere Auszehrung und Sprachtod deutet. Die Punkte 1.–3. werden im ersten Teil (I. Rész, S. 23–65) abgehandelt, wobei die legendenhafte Überlieferung für die Auswanderung palästinensischer Juden bis in die Zeit König Salomons zurückreicht. Nach einer Erläuterung des Begriffs Sepharad³,

1 Auf Deutsch könnte man den Namen der Verfasserin mit Klara ELTER, geborene CZÖNDÖR umschreiben.

2 Der Wortlaut des Edikts wird auf S. 19–21 bei den Präliminarien im Original und in ungar. Übersetzung angeführt.

3 Nach einer plausiblen Erklärung von Mark GABINSKIJ, die allerdings bei ELTER-CZÖNDÖR nicht erwähnt wird, handelt es sich um die althebräische Schreibung für Hesperides (in hebr. Buchstaben mit Artikel HSPRD).